

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Erhalt-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatthaus“ Nr. 650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Zeitungsbreis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wilmannsring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Weidach; die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 25 Pfg. für druckbare Anzeigen; 35 Pfg. für auswärtsige Anzeigen; 1.25 M. für druckbare Reklamen; 2.50 M. für auswärtsige Reklamen. 10% Zuerstzugs-Zuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unerschütterlicher Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Anzeigen-Maßnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr abgenommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lübow 6202 und 6203.

Mittwoch, 5. März 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 100. • 67. Jahrgang.

Der Ring um Weimar.

Als seinerzeit unter dem Druck der Berliner Spartakuswirren der Gedanke aufkam, die deutsche Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen, da warnten viele, die nicht das mindeste persönliche Interesse dabei hatten, eindringlich davor, aus Berlin herauszugehen, weil man sonst wahrscheinlich erst recht in des Teufels Küche geraten könnte. Und so ist es nun gekommen. Die kommunistischen Streiks in Leipzig, Halle, Erfurt usw. haben einen Ring um Weimar gelegt. Die direkte Verbindung Berlin-Weimar ist unterbrochen. Die Eisenbahndirektionen erkennen verzwickte Umwege, um die Regierungsleute zu befördern. Die Bänke der Abgeordneten in Weimar weisen große Lücken auf, da es vielen Volksvertretern unumwunden geworden ist, rechtzeitig einzutreffen. Die Nationalversammlung schrumpft zu einem Rumpfparlament zusammen wie weiland ihre Vorgängerin von 1848. In dieser traurigen Lage hat die öffentliche Meinung nur die eine Frage zu stellen: Mühte es so weit kommen? Hatte die Regierung keine Mittel in der Hand, um diese Auflösung eines politischen Apparates zu verhindern? Eine amtliche Verkaufsanzeige besagt: Die von der Regierung eingeleiteten militärischen Operationen im Ruhrrevier, in Thüringen und Provinz Sachsen gehen planmäßig weiter. Aber das heißt gar nichts. Das erinnert an die schamlose Verschleierrungsmanier der Militärzensurzeit. Damit beunruhigt man heute nur das Publikum. Die Berliner Regierung hat wohl schon lange Zeit gehabt, sich mit den Machthabern, z. B. in Braunschweig, auseinanderzusetzen. Seht es nicht wie in Bremen mit Gewalt, so doch mit Güte und durch vernünftigen Reden. Schließlich haben doch die neuerrichteten Freistaaten sehr rasch eingekehrt, daß sie sich durch eine eigeninnige Ausfallstrategie nur ins eigene Fleisch schneiden. Sie waren also zu einer gewissen deutschen Einheitspolitik trotz aller häuslichen Sozialistenwut bereit. Aber von Berlin ging immer wieder so ein kühler Ton, so von oben herab, aus. Die Folge war ein gereizter Telegrammwechsel und dann partikularistische Verbindungen. So war's ja auch mit München. Berlin ist nicht genügend mit der mehrheitssozialistischen Richtung und den Volksmassen in Süddeutschland in Kontakt getreten. Das Geschehen der preussischen Intervention wußte. Man ließ es laufen, statt offen und ehrlich zu erklären, was man wollte und was im Augenblick not tat. Das einzige, was man fertig brachte, war, die Stadt Weimar in ein See-Loagier von Schulheuten und Sicherheits-soldaten zu verwandeln. Das war notwendig. Leider, aber es reichte nicht. Man hätte auch die Bahnstrecken zur Parlamentsstadt durch Vereinbarung mit den großen Städten Mitteldeutschlands sichern müssen. Die einzelnen Regierungen, Räte und Stadtverwaltungen wären darauf einzugehen. Sie hätten so vielleicht am besten selbst den partikularistischen Unruhen vorgebaut, den Ruf der Heber ferngehalten und die Generallinien in letzter Stunde verhindert. So aber fand die kommunistische Organisation überall offene Türen und freie Strecken. Und die freien Strecken, die Säulen der Eisenbahn wurden dann aufgerissen. Gatten die Regierungsstellen nicht Truppen gegen, um den Bahnverkehr zu sichern? 1914 in den Mobilmachungsstagen wurden in ganz Deutschland die Schienen, Brücken und Überwege von verhältnismäßig sehr geringen Beständen des Heeres, von zurückbleibenden Kranken, Landsturmlenten, in Zivilpersonen mit Arm-bünde bewacht. Die heutigen Schutztruppen der Regierung sind eine kleine aber auf disziplinierte Armee, die keine andere Aufgabe hat, als die innere Ordnung gegen die sogenannten zweite Revolution zu schützen. Heute über-nehmen, um den eingeschränkten Bahnverkehr gegen alle Verbrechen und Überfälle sicherzustellen. Warum hat man sie nicht kompanieweise in die Bahnhöfe, die Stationen, die Industriestrecken geschickt? Immer wieder hört man, daß kleine Bahnhofsweihen von wenigen Mann durch Demonstrationenmassen über-rumpelt und verjagt werden, daß die Eisenbahner ge-zwungen werden, sich den streifenden Kommunisten an-zuschließen oder durch einen Beamten- oder Wärters-streik das Chaos vermehren, statt geschützt durch die Ordnungs-truppen vor allem ihren Dienst weiter zu versehen. Die Regierung, die in Weimar so starke und mutige Worte gegen die „Reaktion von links“ fand, hat in dieser ver-bringlichen Versammlung Stadt steht jetzt gegen Stadt. Das Kernbestimmte des Reaktionsstrebens ver-lasst. Die Auflösung ist da. Deutschland wird der Spielball neuer Revolutionsstürme, wenn sich nicht die Regierun-gen, die die Verantwortung einer verrückten Min-derheit über Nacht abdankt.

Zum Aufruf der Reichsregierung.

Die „Köln. An.“ schreibt aus Weimar: „Der in Nr. 157 veröffentlichte Aufruf zeigt in seinem ersten Teil, daß die Regierung die Ziele der Aufrechterhaltung nicht aber die Motive ihres Handelns. Sie glaubt, daß die Streiks im

Ruhrgebiet wie in Mitteldeutschland, wie auch der noch in Vor-bereitung begriffene Generalstreik in Berlin ihre innere Ursache in wirtschaftlichen Wünschen der Bevölkerung haben. Nur diese Anschauung erklärt den Sinn des Aufrufes und seine Berechtigung. Die Auffassung ist aber falsch, denn wir leben, daß die große Masse der Arbeiter die Streiks nicht freiwillig mitmacht, sondern sie am liebsten vermeiden wollen und nicht weiter will als Arbeit und Ruhe, daß sie aber mit Gewalt von den wenigen terro-ristischen Elementen abgehalten wird, deren politische Ab-sicht die Erregung von allgemeiner Wirren und die daraus entspringende Schakelkriege ist, für die sie in ihrem partikularis-tischen Verstande keine Verantwortung übernehmen will. Die Elemente, die mit dieser Substanz in allen Teilen Deutschlands rinas um Weimar herum den Aufruf be-treiben, lassen sich durch keine wirtschaftlichen Konzeptionen, wie sie heute die Regierung macht, von ihren ambitionierten Plänen abbringen. Die weitestgehenden Zugeständnisse werden für sie eine Abschlagzahl sein, um die Regierung immer wieder vor dem Problem stehen, ob sie auf dem Wege der Zugeständnisse, auf dem es, wenn er einmal beschritten ist, kein Halt gibt, weiter-marschieren oder endlich mit außerordentlichen Ge-schäften und außerordentlichen Nachmitteln Ruhe schaffen will, ein Verfahren, das mit jedem Tag der Schamlosigkeit wächst, größere Opfer, aber auch größere Entschlackung fordert. Es scheint, daß dieser Aufruf ein aus Nationalität entstandenes Kompromiß zwischen bürokratischen und sozialdemokratischen Mittelstern des Ab-nehmens ist, ein Versuch, ut animus fieri videtur. Wir stehen dem Aufruf mit schmerzlichen Bedenken gegenüber, denn ganz abgesehen davon, daß wir der Überzeugung sind, daß er den Zweck der Verhinderung Deutschlands gegen die terro-ristischen Terroristen nicht erreicht, wird er nicht einmal die Absicht erreichen, den besonnenen Elementen unter den Arbeit-ern den Rücken zu stärken, denn es wird den Reaktionen ein-leuchtet sein, der Masse einzureden, daß das Nachgeben der Regierung bei weiteren Streikmaßnahmen früher werden wird, und man darf auf dem einmal beschrittenen Wege der verderblichen Umwälzung unseres wirtschaftlichen Lebens landen wird, das vermögen wir nicht abzusehen.“

Die Regierungstruppen in Halle.

Weimar, 3. März. Das freiwillige Landjägerkorps unter seinem Kommandeur Werfer hat die Stadt Halle besetzt. Dies geschah, da zur Zeit der Ankunft der Regierungstruppen keine Spartakisten anwesend waren, zunächst ohne Zwischenfall vor sich. Am Abend kam es jedoch zu großen Ausschreiungen und in deren Verlauf zu schweren Kämpfen. Auf dem Markte und in den Gassen der inneren Stadt hatten sich bei Beginn der Dunkelheit mehrere tausend Männer und Frauen versammelt, die von etwa 100 aus der Garnison Halle ausgewiesenen Matrosen geführt wurden. Die Menge wurde durch das Vorantreten und ein Waffen-magazin, beide wurden böllig ausgetraut. Bei Annäherung der Truppen wurde der Menge der Aufruf erteilt, verschiedene Straßenzüge zu räumen. Sie antwortete aber auf dieses Erfuchen mit lautem Geschrei und feuerte unter dem Schusse der Dunkelheit gegen das Landjägerkorps, worauf die Truppen ebenfalls Befehl zum Feuern erhielten. Aber die Zahl der Toten und Verwundeten war zur Stunde noch nicht bekannt. Die Menge, die nicht nur mit Revolvern und Gewehren, sondern auch mit Rasiermessern bewaffnet war, zerstreute sich in den Nachtstunden. Gestern morgen ließ General Werfer durch Major Alnablätter ab-machen, in denen er seine völlige Neutralität erklärte und sein Einverständnis mit der Wiederherstellung der Ordnung und des Bahnverkehrs bezeugte. Man hofft, daß der Eisenbahnverkehr heute wieder aufgenommen wird. Der Hauptbahnhof in Halle hat militärischen Schutz bekommen.

Der Generalstreik in Berlin.

Berlin, 4. März. In der fortgesetzten Beratung der Groß-Berliner Arbeiterräte erließen gestern nachmittags Abgeordnete von den großen Werken, die der Versamm-lung mitteilten, daß die Arbeiterkassen in den Betrieben übereinstimmend den Eintritt in den Generalstreik beschlossen habe. Die Versammlung beschloß darauf mit Zweidrittelmehrheit den Eintritt in den Generalstreik; die Mehrheitssozialisten enthielten sich der Abstimmung. Der Generalstreik in den Großbetrie-ben bereits heute früh beginnen, mit Ausnahme der Ein-richtungen für Lebensmittelversorgung, der Feuerweh-r und des Sanitätswesens. Auch die Verkehrsmittel sollen in den Streik eintreten, ebenso die Elektrizitätsverfor-gung, Post und Telegraph, die Wirtschaften, Hotels, Dienstboten und die Presse. In politischer Beziehung fordert der Konarch in einer Entschliessung Anerkennung der A.S.R. Die heute morgen aus der „Roten Fahne“ mitgeteilten Forderungen der Spartakisten wurden in ihrer Gesamtheit abgelehnt, dagegen erfordert die Freilassung von Ledebour und Kadel, Aufhebung der Standesrechte, Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zu Russland, sofortige Auf-lösung der Freiwilligenkorps. Die Räder von Liebknecht und Rosa Luxemburg sollen vor ein Revolutionsgericht gestellt werden. Die Vollversammlung wählte schon die Streikleitung. Die Versammlung selbst wird am Dienstagmorgen wieder zusammentreten.

Berlin, 4. März. In der fortgesetzten Beratung der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte er-läuteten, daß in den Betrieben der Metallindustrie so-wie auch in den Eisenbahnwerkstätten die Arbeiter sich mit überrother Mehrheit für den Massen-aus-stand erklärt hätten. Die allgemeine Annahme ist, daß der Massenaustand der Arbeiterkassen und des Bürkertums unmittelbar bevorsteht.

Der verschärfte Belagerungszustand über Berlin.

— Erstürmung der Polizeireviere.
Berlin, 4. März. Als Gegenwirkung gegen den Generalstreik ist der verschärfte Belagerungszustand über Berlin verhängt worden. Die Lebensmittelversorgung in den Partien hat Rasse selbst übernommen. Unmittelbar nachdem der Generalstreik erklärt war, lebten in der Nacht die spartakistischen Un-ruher wieder auf.

Die Sicherheiten begannen wieder in den verschiedensten Teilen der Stadt, besonders im Norden und Osten. Soldaten und Polizei-beamte wurden mihandelt, sämtliche Polizeireviere im Norden gestürmt und die Polizisten entlassen und die in den Reviere befindlichen Waffen- und Munitionsbekände von Spartakisten geraubt. In weiterer Folge wurden geplün-dert. Heute morgen ruht der Straßenbahnverkehr vollständig; die Bureauarbeiten mühen, soweit sie nicht am Streik beteiligt waren, zu Fuß ihre Arbeitsstellen aufsuchen.

Die Wirkungen des Generalstreiks.

Berlin, 4. März. Die Wirkungen des Generalstreiks machen sich heute morgen schon in stärkster Weise fühlbar. Straßen-, Untergrundbahn und Omnibusse haben den Betrieb eingestellt, so daß das Verkehrsleben innerhalb der Stadt im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist. Auch die städtischen Arbeiter sind nicht in den Streik eingetreten. In der vergangenen Nacht wurde die Druckerei der „Roten Fahne“ von den Regierungstruppen ohne Kampf besetzt und die Herausgabe des Blattes verhindert. Auch die „Freiheit“ ist in veränderter Form erschienen. Bei den ersten Schießereien und Plünderungsversuchen in der vergangenen Nacht im Norden der Stadt sind einige Schutzleute in Ausübung ihres Amtes ums Leben ge-kommen. Im Norden Berlins stürmten vormittags Hunderte von Frauen die Wäcker- und Fleischer-läden, so daß die Geschäftsinhaber die Geschäfte schließen mußten. Das Polizeipräsidium ist von der Volksmarine division besetzt.

Der Beamtenstreik abgelehnt.

Berlin, 4. März. Auf Grund eines Beschlusses der Vorstände der in dem Deutschen Beamtenbunde zu-sammengefaßten Beamtenverbände, darunter die Verbände der Eisenbahn- und Postbeamten, lehnt das deutsche Beamtentum den Eintritt in einen allge-meinen Beamtenstreik als Gegenmaß-nahme gegen den Generalstreik der Arbeiter ab. Auch tritt der Deutsche Beamtenbund nicht in einen Streik im Anschluß an einen etwaigen Bürgerstreik ein. Ein be-sonderer Ausschuss des Deutschen Beamtenbundes ist er-mächtigt, etwaige weitere Maßnahmen zu treffen.

Vor einer neuen Revolution?

Berlin, 4. März. Die Berliner Blätter, so weit sie erschienen sind, verhehlen nicht, daß Berlin am Vorabend einer neuen Revolution stehe. Der „Vorwärts“ will keinen Kampf gegen die eigenen Parteigenossen führen, sondern einen ehrenvollen Ausgang aus dieser verworrenen Bewegung geschaffen wissen, näm-lich die geschlossene Wiederaufnahme der Arbeit. Die „Tägliche Rundschau“ malt das bolschewistische Gespenst an die Wand. Würde Berlin von der neuen Revolution erobert werden, dann sei wegen der Anschließung Deutschlands an das bolsche-wistische Russland Holzogen, und Lenin und Trotzky würden am Landeshauptort von der bolschewistischen Männer- und Frauenwelt Berlins empfangen werden. Es gebe nur ein Entscheder — Oder: entweder alle Kräfte für die Aufrechterhaltung des demo-kratieschen Prinzipes einsetzen oder die Diktatur des Proleta-riats! Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, es handele sich um ein Aufheben der sozialistischen Revolution. Der Beschluß, in den Zustand zu treten, sei gefasst ohne Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen, doch würde die Hoffnung auf Überwindung der Schwierigkeiten durch die ehrliche Volkspolitik der Regierung nicht aufgegeben werden.

Der russische Rubel.

Berlin, 4. März. Dem „Vorwärts“ wird aus das bestimmteste berichtet, daß die Möglichkeit bestehe, die Ausbreitung der Unruhen in Berlin zu verhindern. In mehreren Fällen ließ sich der Einfluß russischen Geldes und russischer Agitation feststellen.

Leipzig für die Räterepublik.

Leipzig, 4. März. Hier ist die Streiklage unverändert. In einer großen Ratssitzung des R.S.R. wurde beschlossen, daß die Abgeordneten der sächsischen Volkshammer in Mittel- und Ostthüringen dahin zu wirken haben, daß dort auch in den Streik getreten werde und daß in Sachsen die Räterepublik ausgerufen wird.

Die Fraktion der Unabhängigen.

Berlin, 2. März. Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemo-kraten der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung hat sich heute konstituiert und zum ersten Vorsitzenden den Genossen Dr. Kurt Rechenfeld, zum Schriftführer den Genossen Stoeter und zur Kassiererin die Genossin Arndt gewählt.

Ein Sozialisierungsantrag der Mehrheitssozialisten

München, 3. März. Die gesamte mehrheitssozialistische Partei hat in der Nationalversammlung einen von Kuer und Genossen gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigen-tum in Bezug auf allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft not-wendigen Bodenschätze allein der Nation aufsteht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Bergwerke und Erzeugung von Energie mit möglicher Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) auszuführen und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Die ostafrikanischen Helden.

Sonn. 2. März. Der hiesige Vertreter der Köln. Ztg. stellt dem Kommandeur General v. Lettow-Verbeck einige Fragen, in zehrer Linie nach der von den Gegnern fortwährend vorgetriebenen Stärke der deutschen Truppe. Hier seien nach den Angaben des Generals in runden Zahlen die richtigen Verhältnisse der Feldenschar mitgeteilt. Durch die weichen Einwinter, sowie die dienstlich und krankheitsmäßig waren, verlor die Schutztruppe an Weissen (Kolonisten und Unteroffizieren) zu Zeit ihrer höchsten Stärke im letzten Jahre 3000 Köpfe getötet haben, während die Verluste mit Einschluß der Rekruten, Equipage, Polizei usw. es niemals über 1500 brachten. Mit etwa 1500 Afrikanern und 300 Europäern zog im letzten Kriegsjahre die Schutztruppe nach dem Portugiesischen. In allerletzter waren es noch 1500 Europäer und 1200 Afrikaner. Ein großer Teil der weissen Gefangenen befindet sich in Britisch-Indien, Kantonen, Malta usw., wogegen die Afrikaner bei Übergabe in ihre Heimat entlassen wurden und die Gefangenen von ihnen in Nairobi (Britisch-Ostafrika) oder in dem bei Daresalaam für sie errichteten Lager festgehalten werden.

Blockade und Friedensbedingungen.

Amsterdam, 4. März. Aus London wird gemeldet: Im Unterhause sagte Churchill, daß die Blockade ausreicht erhalten werde. Nun ist aber die Zeit gekommen, um Deutschland die Friedensbedingungen aufzuerlegen. Wenn diese Bedingungen angenommen werden, werde man mit der Nahrungsmittelversorgung Deutschlands beginnen.

Lord George über Polen.

Wie die „Times“ meldet, hat Lord George im Unterhause folgende Erklärung abgegeben: Die Frage, die neuen Ostgrenzen Deutschlands gegen Polen zu bestimmen, ist sehr schwierig. Es gibt dort eine sehr gemischte Bevölkerung von Deutschen und Polen, und es ist ohne genaueste Untersuchung sehr schwer zu entscheiden: „Das ist Deutschland“ und „Das ist Polen“. Wenn Sie einen großen Fehler machen und ein ganzes Gebiet, das tatsächlich deutsch ist, an Polen geben, dann ist Fisch-Lotbrinnen eine genügende Warnung vor einer solchen Handlungsweise. Die Polen achten selbst zu, daß der Grenzstand untersucht werden muß. Wir haben deshalb eine sehr tüchtige Kommission nach Polen geschickt, die die Frage an Ort und Stelle zu untersuchen soll. Für sie nicht zurückgekehrt ist, können wir an Deutschland die Forderung bezüglich seiner Ostgrenzen nicht stellen. — Es ist immerhin interessant, hier aus dem Munde des führenden englischen Staatsmannes zu hören, daß über die Frage der späteren Zugehörigkeit deutscher Gebiete zu Polen noch keineswegs das letzte Wort gesprochen ist, wie es die Polen offenbar annehmen belieben. Wenn die von Lord George nach Polen geschickte Kommission tatsächlich so tüchtig ist, so wird sie bei einer Untersuchung an Ort und Stelle, die jetzt stattfinden soll, zweifellos zu dem Ergebnis kommen müssen, daß von den Polen sehr zu Unrecht Gebiete besetzt worden sind, von denen man nur sagen kann: „Das ist Deutschland.“ Der letzte Rassenstillstandvertrag hat jedenfalls die Demarkationslinie sehr unaufrichtig der Polen gezogen. Offenbar wird auch bei den Friedensverhandlungen Lord George denselben Standpunkt einnehmen, den er jetzt im Unterhause vertreten hat und sich dafür einsetzen, daß deutsche Gebiete, die jetzt von den Polen gegen alles Recht besetzt worden sind, auch weiterhin bei Deutschland bleiben.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 3. März.

Um 4.20 Uhr werden die Verhandlungen in einer Nachmittagsitzung wieder aufgenommen.

Hr. Dr. Beneke (Zentr.) vertritt den Gedanken einer Weitergestaltung des bundesstaatlichen Charakters und einer Verteilung der Kompetenzen zwischen Reich und Gliedstaaten. Unser Partikularismus wurzelt nicht in Reichsgegnerschaft, sondern im Festhalten an eigener Art und eigenem Land, an schief ausgeprägtem Staatsbewußtsein. Die Aufrechterhaltung des vielartigen preussischen Besitzes läßt sich nicht mehr rechtfertigen. Je größere Freiheit man den Hannoveranern, Rheinländern und den übrigen Stämmen gewährt, um so besser wird der Reichsbedarf gefördert.

Reichsminister des Innern Dr. Bruch: Niemand verkennet die kulturellen Leistungen der Einzelstaaten, aber es ist doch eine deutsche Kultur. Würde ich die vom Vordränger begonnene Polemik fortsetzen, kämen wir überhaupt nicht zum Ende.

Hr. Dr. Düringer (D.-Nat.) erhebt schärfsten Einspruch gegen etwaige Restruktionspläne Preußens und verlangt die Sicherstellung der christlichen Kirche.

Hr. Dr. Schäding (Dem.): Das Verhältnis zwischen Reich und Preußen hat im Laufe der Jahrhunderte viele Wandlungen erfahren. Nicht daß wir allein den Krieg verschuldet hätten; das preussisch-deutsche System ist mit der übrigen Kulturwelt zusammengeprallt. Es haben uns in dieser schweren Zeit der Not die Führer gefehlt, und warum? Wegen der in den letzten Jahren in Deutschland eingetretenen Uniformierung des Denkens. Gegen die wohnungstüchtige deutsche Ostmarkenpolitik habe ich dem Volke zuversichtlich: Weniger Bismarck und mehr Schiller! Das deutsche Volk, das so viele andere Majestäten durch die Entwicklung der letzten Zeit verlor, wird die Majestät des Rechtes auf ihren Thron zurückführen.

Dafür ist mir in der neuen Verfassung ein Beweis, daß in ihr der Rechtsbedarf in ganz anderer Weise durchgeführt ist als bisher. Wir Pazifisten haben tausendmal gesagt, daß der Weltkrieg vermieden werden müsse, weil hinter ihm das Gift der sozialen Anarchie lauert. Man hat uns verlacht und verhöhnt. Wir streben nach Gemeinschaft innerhalb der Völkervereinigung, nicht nach Herrschaft über andere. Aber wir verlangen, daß wir aufgenommen werden; Gemeinschaftsbücker mit gleichem Recht! Wir brauchen neben dem politischen Parlamentarismus sozialen Parlamentarismus, in dem die verschiedenen Berufsstände, wie Studenten, Professoren, Arbeiter, Fabrikanten, Landwirte usw., organisiert, eine gewisse gesetzgeberische Tätigkeit ausüben können, für die das große politische Parlament ihnen den Rahmen zu liefern hat. Wir müssen dahin streben, daß unser Volk wieder Freude an seinem Recht bekommt und das Recht wieder, wie im Altertum, ein Stück Volkskultur wird.

Hr. Galkhorn (Welfe): Gerade durch das Bestreben, die preussische Hegemonie ungeschwächt zu erhalten, wird die Reichsverdrossenheit vererbt, die eine Schwächung Deutschlands bedeutet.

Reichsjustizminister Heine: Dem Wunsch eines Teiles der hannoverschen Bevölkerung nach einem selbständigen Staate stehen die viel größeren Massen der sozialdemokratischen Arbeiter dieses Gebietes als Gegner gegenüber. Wir wollen ein großes Deutschland und ein einheitliches Deutschland. Wir bekämpfen die Herstückelung Preußens; aber Preußen wird sich mit allen seinen Kräften in den Dienst des Reiches stellen.

Die Weiterberatung wird auf Dienstagnachmittag 3 Uhr vertagt.

Das Kabinett gegen eine Vertagung der Nationalversammlung.

Weimar, 4. März. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat sich das Kabinett in einer Sitzung gegen eine Vertagung der Nationalversammlung ausgesprochen.

Das rote Berlin.

Die Gemeindevahlen in der Reichshauptstadt weisen zwei Seiten auf, eine freundliche und eine unfreundliche. Die freundliche ist der Umstand, daß sie sich trotz aller von den Sozialisten angelegten Turbulenzen in vollster Ruhe vollzogen haben, wie wir ja überhaupt in diesen Revolutionsmonaten die Erfahrung gemacht haben, daß gerade die vorher angelegten Unruhen am ehesten wegen pöbellicher einseitiger Heißheit abgefaßt werden. Die Rehrseite der Medaille aber ist der entscheidende Sieg der sozialdemokratischen Parteien, denen gegenüber alle bürgerlichen Gruppen weit in der Minderheit geblieben sind, wobei noch ganz besonders zu beachten ist, daß die Unabhängigen Sozialisten den bei weitem größten Erfolg zu verzeichnen haben. Haben sie doch mit mehr als 234 000 Stimmen die Mehrheitsfraktion noch um über 4000 überflüssig, während die Demokraten es nur auf etwas über 105 000, die Deutsche Nationalen auf 77 000, die Deutsche Volkspartei auf über 40 000 und die Christlich-Sozialen auf nahezu 33 000 gebracht haben. Mehrheitsfraktion und Unabhängigen haben je 47 Mandate zu verzeichnen, während auf die Demokraten nur 20 und auf die drei Reichsparteien, die wieder mit verbundenen Listen operierten, 30 Mandate entfielen.

Sowohl die Berliner Stadtverordneten-Versammlung wie die Stadtparlamente der meisten Vororte (nur Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichterfelde, Rehlendorf und Friedenau haben bürgerliche Majoritäten) weisen starke sozialdemokratische Mehrheiten auf, und da die Schaffung eines Grok-Berlin nur eine Frage der Zeit ist, wird man sich mit der Aussicht einer sozialistischen Mehrheit im Grok-Berliner Stadtparlament rechnen müssen, wenn nicht unterdessen ein Umsturz in der Stimmung der Bevölkerung, der Wähler, erfolgt. Am liebsten ist es ja noch nicht völlig klar, ob die am ehesten sozialdemokratischen sich in der Gemeinde mit den Unabhängigen ansehts der immerhin tieferliegenden politischen Differenzen vertrauen werden, und es wäre zum Schluß auch hier eine Rehrbildung der Sozialdemokraten mit den Deutschen Demokraten unter Ausschluß wenigstens eines Teils der rechtsbürgerlichen Gruppen denkbar — aber freilich nicht fernerlich wahrscheinlich. Am anderen Fall wird man sich auf anderlei gefährliche kommunale Experimente gefaßt machen können, denen der ohnehin schwindende Gemeindefiskus nicht gewachsen wäre.

Dieser Gefahr scheinen sich alle diejenigen bürgerlichen Wähler, die in strafflicher Lässigkeit der Wahlurne ferngeblieben sind, nicht hinreichend bewußt gewesen zu sein. Die Wahlbeteiligung war sehr gering. Sie ist um über 20 Prozent gegen die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung zurückgegangen, und unter dieser Gleichgültigkeit der Wähler haben vor allem die bürgerlichen Parteien, aber auch die Mehrheitsfraktion gelitten. Dabei hat es an kräftiger Opposition auch bei diesen Parteien nicht gefehlt. Ungünstig für die Demokratie wirkte besonders die starke Unzufriedenheit mit dem alten kommunalen System und die Wirksamkeit über einige der aufgestellten Kandidaten. Dagegen haben die verschiedenen Sonderbestrebungen neben den Parteien keine Erfolge zu erzielen vermocht. Auch die Liste der Arbeitslosen in Wilmersdorf (ein Zeichen der Zeit!) erprobte sich als ein Versager, trotzdem die Arbeitslosen hier nachher eine bedeutende „Verursachung“ bilden, deren Einfluß über darunter leidet, daß sie nicht mit dem Streik drohen können!

Verfallend ist besonders der Rückgang der Stimmen bei den Wählerinnen, deren Wahlmündigkeit noch weit höher war, als bei dem männlichen Geschlecht, und die offenbar den kommunalen Dingen noch weniger Interesse entgegenbringen als der hohen Politik; auch war der Reiz der Reueit verfallen. Zukunftsreich bemerkenswert ist endlich die ganz verblüffend geringe Beteiligung der jüngeren Jahrgänge. Sie soll in dem Alter zwischen 20 und 25 Jahren noch keine 25 Prozent betragen. Die Jugend, besonders die Berliner, zieht auch in dieser Zeit der schweren Not das Vergnügen vor. Sie amüsiert sich, finanziell oder sittlich in den Cafés und anderen Lokalen, und vor allem: sie tanzt, tanzt die neuesten Tänze der Revolution, Kor-Trotz, Boston, Ratsche, brasilienne, und wie alle die modernen Schieber- und Badeltänze heißen. Die Wahlteilnahme der Berliner Jugend — die einzige Enthaltensart, die der größte Teil von ihnen jetzt — gibt den Geanern der Ausdehnung des Wahlrechts auf die jüngeren Jahrgänge nachdrücklich recht.

Was aber die alsoemach zu einem Skandal gewordene Veranstaltung und Genußsucht in Berlin betrifft, so wäre es wirklich erndlich an der Zeit, daß, wie schon wiederholt in Aussicht gestellt wurde, ihr Einhalt getan wird. Das hat einer der zum Studium der deutschen Verhältnisse nach Berlin entsandten amerikanischen Delegierten rund heraus erklärt: „Einem Volk, das so veranlagungslos ist, das nach Tanz, Unterhaltung und Genuß jagt, lang es nicht schlecht geben.“ So läßt die Berliner Veranstaltungsummel die notwendige Bevölkerung des ganzen Deutschen Reiches, die noch immer vergeblich auf die Kubungsmittelzufuhr aus dem Ausland wartet.

Der Ausstand in Berliner Zeitungsbetrieben.

Berlin, 3. März. Der Streik in den Zeitungsdruckereien von Wölfe, Scherl und Willein sowie Wärenstein dauert fort. Auch die „Neuzeitung“ erschien noch nicht wieder.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 3. März. In der Sitzung der Vorkommnisse-Kommission vom 1. März teilte General Rudant der deutschen Vorkommnisse-Kommission mit, die französische Regierung habe beschlossen, zum Studium der Lebensmittelversorgung Deutschlands unter Führung von Herrn Laumerius eine aus vier bis fünf Personen bestehende Kommission nach Berlin zu entsenden. General v. Hammerstein begrüßte diesen Schritt der französischen Regierung; er wünschte statt eines Beschlusses eine Anfrage der französischen Regierung, ob die Entsendung einer Kommission gerecht wäre.

Eine alberne Anzapfung.

Die Rheinische Volkszeitung“ leistet sich in ihrer Nummer vom 4. März eine ebenso böswillige wie auf der anderen Seite alberne Glosse gegen das „Wiesbadener Tagblatt“. Sie listet eine Erklärung zum ersten Auffuß über das Thema „Direktor und Lehrkörper der höheren Schulen“. Der Auffuß war in Wirklichkeit eine akademische Erörterung einer Schulorganisationsfrage, ohne jede lokale Beziehung, ebenso wie die Volkskullehrer bekanntlich ebenfalls im Zusammenhang unserer akademischen Demokratisierung eine Änderung der Stellung der Rektoren erörtern; diesen allgemeinen Charakter des Auffußes haben wir in einer Bemerkung in einer Erklärung über hier vorgekommene, bei jedem Gebildeten einfach und natürlich die Reaktionen unterstrichen mit dem Hinweis, wir würden diesen Auffuß nicht abgedruckt haben, wenn er irgend welche heftige Verhältnisse in Anse gehabt hätte. Dazu mochte die „Rhein. Volksz.“ die Anmerkung: „Ein Wiesbadener Blatt fucht sich berufen, eventuelle Verhältnisse in Burtelnde und Finsterwalde, in Schiweibeln und Protolgin an Ruh und Frommen dieser Städte zu kritisieren. Über Wiesbadener Verhältnisse wurde dagegen das „Wiesbadener Tagblatt“ nicht sagen.“ In Wirklichkeit sollten unsere Äußerung für jeden Verstandenen natürlich heißen: An einer allgemeinen Erörterung des Themas im Zusammenhang waren wir bereit; für eine auf bestimmte heftige Verhältnisse bezogene persönliche Beschwerde hätten wir nicht unseren Raum zur Verfügung gestellt. Solche Art des persönlichen Kampfes und „politischen Anstands“ überläßt wir nämlich doch wie vor dem dem Zentrumsbilatt, das Abuna nach hat.

Wiesbadener Nachrichten.

Dienstentlohnungen und Wartegeld.

Die Reichsregierung hat am 26. Februar eine Verordnung über die Umbildung der preussischen Verwaltungsbehörden erlassen, die für Wiesbaden als ein vieler Behörden besonderes Interesse gewinnt. Die Deutsche „Ztg.“ schreibt dazu: Die Erneuerung des Verwaltungsapparats läßt sich nicht umgehen. Die neue Zeit erfordert neue Männer. Es wird eine starke Verjüngung eintreten und mit Rücksicht auf die traurige Finanzlage des Staats überall gespart und durch eine bessere Organisation die Ausnutzung der Beamtenkräfte in vollem Umfange herbeigeführt werden müssen. Einleurem darf es in Zukunft nicht mehr geben. Endlich muß auch die Falsche, daß wir mit einem Gebietsverlust preussischen Landes zu rechnen und daß wir die in diesen beschlagnahmten Beamten unterzubringen haben, in Rücksicht gezogen werden. Die in der Verordnung getroffene Regelung wird den Interessen der Beamten in großem Maße Befriedigung. Die in den einstweiligen Ruhestand versetzten und unmittelbaren Staatsbeamten erhalten fünf Jahre den vollen Betrag ihres letzten Dienstentlohnungsmens, später das höchstmögliche des erreichbaren Ruhestands, nämlich drei Viertel ihrer Dienstentlohnung. Da die Verordnung hat sofort rückwirkende Kraft, denn noch § 16 kommt sie auch bei bereits früher einwilligen in den Ruhestand versetzten Beamten zur Anwendung. Die einstweilige Verjüngung in den Ruhestand trifft an sich nur unmittelbare Staatsbeamte, die infolge einer Umbildung der Staatsbehörden ausdrücklich keine Weiterverwendung in der Verwaltung finden. Gewisse höhere Verwaltungsbeamte können jedoch, wie dies auch in den bisherigen geltenden Disziplinar-gesetzen für die nichtrichtlichen Beamten vorgesehen war, ohne weiteres auf Wartegeld gesetzt werden. Dieses betrug bisher nur die Hälfte des Gehalts, wird aber durch die Verordnung und in Abereinstimmung mit den für die Reichsbeamten geltenden Vorschriften nur auf drei Viertel, höchstens jedoch auf 12 000 M. erhöht. Die nicht auf Lebenszeit, sondern unter Vorbehalt des Widerrufs oder der Kündigung angestellten Beamten haben einen gesetzlichen Anspruch auf Wartegeld nur bis zum frühesten Widerruf vor dem Kündigungstermin. Ihnen kann aber auch für die spätere Zeit ein Wartegeld bis zur Höhe des gleichmäßigen Ruhestandes bewilligt werden. Das die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten bei Verlust des Wartegelds verpflichtet sind, ein ihnen übertragenes gleichwertiges Reichs- oder Staatsamt anzunehmen oder zeitweilig wahrzunehmen, entspricht der Billigkeit und den auch schon bisher geltenden Grundsätzen. Neu ist aber, daß das Staatsministerium für bestimmte Beamtengruppen anordnen kann, daß sie auch in einem preussischen Kommunalverband angetretenen Amt beurlauben müssen. Was der auf Wartegeld gesetzte Beamte im Privatdienst erwirbt, wird ihm nicht angedreht, wohl aber das, was er in Reichs- oder Staatsdiensten als Dienstentlohnungen bezieht. Das Wartegeld ruht infoweit, wie der Betrag des neuen Dienstentlohnung unter Hinzurechnung des Wartegelds den Betrag des vor der Verjüngung in den Ruhestand von dem Beamten bezogenen Dienstentlohnung übersteigt. Das Wartegeld u. a. gänzlich fort, wenn der Beamte die preussische Staatsangehörigkeit verliert oder ohne Genehmigung des preussischen Staatsministeriums seinen Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reichs nimmt. Ein außerordentlich weitgehendes und vom finanziellen Standpunkt aus sehr bedenkliches Entlohnungsmoment gegenüber den Verwaltungsbeamten, die infolge der Umgestaltung des Staatsdienstes bis zum 31. Dezember 1920 ihre Verjüngung in den Ruhestand nachsuchen, enthält § 13. Danach erhalten solche Beamte, auch ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollenbung des sonst in Betracht kommenden 66. Lebensjahres vorbestimmte Pensionierung ist, das höchste Ruhegehalt von drei Vierteln ihres Dienstentlohnungsmens ohne Rücksicht auf die Zahl der zurückgelegten Dienstjahre. Nach dieser Vorschrift können jüngere Beamte mit wenigstens 10 Dienstjahren, die im Privatdienst ihre Arbeitskraft noch voll auszunutzen imstande sind, nebenher jahrzehntelange Staatspensionäre sein. Keine Anwendung findet diese Anordnung auf richterliche Beamte.

— Gemüßkonservern. Sicherem Vernehmen nach hat die Deeresverwaltung auf größere Mengen für sie durch khorisches Salsen konservierte Gemüße verzichtet. Nach einer Anweisung der Reichsstelle für Gemüße und Obst sollen diese Gemüße durch den Handel unbedenklich der Bevölkerung zur Verfügung zu werden. Die Gemüßkonservern-Produktion m. h. O. Braunschw. ist mit dem Abzug dieser Gemüße beauftragt. Eine Verordnung im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht Erzeugnisse für diese Gemüße. Die Konservernherstellung, die häufig bereits zu Friedenszeiten Anwendung gefunden hat, ist während des Krieges in hohem Maße für die Deeresverwaltung ausgenommen. Die Gemüße behalten ihren ursprünglichen Ruf und sind nach ihrer Preisfertigen Zubereitung von frischem Gemüße nicht zu unterscheiden. Sie müssen vor dem Gebrauch stark erwärmt werden. Ein kurzes Abkochen nach dem Entwürfen ist geboten.

— Trauerfeier. Die Leiche des verstorbenen Generalmajor v. O. H. wird am Donnerstag nach ihrem Eintreffen in der Luisenkirche aufgebahrt, wofür um 10 Uhr vormittags die Trauerfeier stattfindet, an die sich dann die Beerdigung auf dem Sonnenberger Friedhof anschließt.

— Kriegsauszeichnung. Der Postbeamte Musikant Antonius Horagel erhielt das Eisene Kreuz 1. Klasse.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Es Erbesheim, 5. März. In letzter Zeit mehren sich die Klagen über die Viehhäute von im Freie eingemieteten Kartoffeln. Die Tiere sind meistensenteils Leute aus Wiesbaden. Sie im Herbst bei hiesigen Bauern in Pachten fanden und infolgedessen die Gruben kennen, in denen Kartoffeln eingemietet sind. — Der mutmaßliche Täter, der einer armen Witwe in der Neugasse ihre ganze Vorrat gelassen hat, wurde verhaftet.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

— Frankfurt a. M., 4. März. Bei den Stadtverordnetenwahlen waren in 130 Bezirken gewählt für die Deutsche demokratische Partei 25 976, für die Mehrheitsfraktion 24 881, für das Zentrum 16 923, die unabhängige sozialdemokratische Partei 10 793, die liberale Volkspartei 12 115, die deutsche Nationalen Partei 767, die Mittelkonkurrenz 4073, Bund der Sozialdemokratischen Parteien keine absolute Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung haben.

— rnk. Darmstadt, 5. März. Aus Rimbach im Odenwald wird eine schwere Unfälle gemeldet. Der auf dem Gutshof Rimbach wohnende Leutnant Adam Heßrich wurde am Sonntagabend von einer Gesellschaft von etwa 10 Personen, die angeblich beabsichtigten, zu tanzen, erschossen und seine Frau schwer verletzt. Die Wunde drang durch die Brust und reichte bis zum Rücken. Die Wunde ist, vor allem das veraltene bare Geld, soweit sie es erreichen konnte, verkleinerte Wertpapiere, insbesondere Kriegsanleihe, und dann Lebensmittel aller Art, insbesondere Schinken usw. Wie wir noch erfahren, ist der größere Teil der Wunde jetzt den Unruhen in Rimbach durch die Sozialisten aus dem dortigen Gefängnis entlassen worden.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Redaktionsleiter: H. Degerdorff.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Degerdorff; für politische Nachrichten: J. Günther; für den Unterhaltungsartikel: H. v. Rosenfeld; für den lokalen und provinziellen Teil und Geschäftsamt: J. W. B.; für den Handel: M. G.; für die Anzeigen und Ankündigungen: H. Dornau; sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der S. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Spezialdruck der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Holzbeifuhr.

Die Beifuhr von 120 Raummetern Holz ist zu vergeben. Näheres über die Lage usw. im Kassensbüro der Regierung, Rheinstraße 35/37, Zimmer 11. Angebote sind bis spätestens den 10. März an die gleiche Stelle einzureichen. F. 228

Regierung.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 6. März d. J., nachmittags, sollen auf dem alten Friedhofe an der unteren Platter Straße ca. 50 Rutz. Knüppelholz und 10 Haufen Reiserholz gegen Barzahlung versteigert werden.

Zusammenkunft nachmittags 4 Uhr am Haupteingang zum Friedhof. F 326

Wiesbaden, den 4. März 1919.

Der Magistrat.

Oberförsterei Sonnenberg.

Brennholz-Verkauf Donnerstag, den 13. März, von vormittags 9 Uhr ab, werden auf dem Hinkelhaus, Station Kuringen-Nebenbach, verkauft, Dtz. 3 u. 5 Wellinger, Soppenst. Eichen: 199 Rm. Scheit u. Knüppel, 0,50 Hdt. Wellen, 9 Rm. Reiser l. Kl. Buchen: ca. 1100 Rm Scheit u. Knüppel, 135,70 Hdt. Wellen. F 226

Mobiliar-Versteigerung.

Wegen Auflösung des Haushalts versteigere ich zufolge Auftrags am Freitag, den 7. März cr., vormittags 9 1/2 Uhr beginnend, in der Wohnung

64 Taunusstr. 64, Gartenhaus Part. links, folgende gute, wenig gebrauchte Mobiliargegenstände, als: 1 hell. Ruffb.-Bett mit Kopfharmatrage, dazu pass. Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelanstich und Nachttisch mit Marmor, weittür. lod. Kleiderschrank, Ottomane, Wiedermeier-Cofa, Polsterstuhl, antik. Mahag.-Schrank, Eichen-Herren-Diplomaten-Schreibtisch, viered. Ruffb.-Küchentisch, rund. Mahag.-Tisch, Mahag.-Spieglisch, viered. Tisch m. Ruchelplatte, Rippstühle, Etagere, Wandbretter, Ruffb.-Kommode, Ruffb.-Staubuhr, Aufwandsuhr, Stühle, Spiegel, Bilder, Teppiche, Vorlag., Küfer, Gardinen, Gasbeleuchtungen, Küchenkrant, Küchentisch, Eis schrank, Bettische, Rippstühle, Gebrauchs- und Hausaltungsgegenstände aller Art, Gartenmöbel, ca. 20 St. div. Weisweine u. dgl. m. freiwillig meistbietend gegen Barzahlung.

Besichtigung am Versteigerungstage vor Beginn.

Wilhelm Helfrich

Auktionator und vereidigter Taxator, Tel. 2941. — Schwalbacher Str. 23. — Tel. 2941.

Güter-Versteigerung

Am Dienstag, den 11. März ds. Js., 11 Uhr anfangend, läßt der Unterzeichnete im Gasthaus „Zum Taunus“ (Frz. Josef Korn) in Hallgarten seine sämtlichen

Weinberge

in den Gemarkungen: Hallgarten (Hendelberg, Reufeld, Schönhell, Kirschener etc., etc.) Sattenheim (Deitelberg, Mehrhölschen). Oestrich (Deez), F 189 öffentlich meistbietend unter günstigen Zahlungsbedingungen versteigern. Eduard Engelmann.

Katholische Kirchengemeinde.

Der Rechnungsvoranschlag für das Jahr 1919 liegt gemäß § 21 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 vom 5. bis 19. Februar öffentlich bei dem Schriftführer des Kirchenvorstandes Lehrer C. Broghe zur Einsicht der Gemeindeglieder aus. F 310

Der Kirchenvorstand.

Nach Südamerika

mit dem Königl. Holländ. Lloyd. F 325 Kabinen-Reservierung durch General-Agentur BORN & SCHOTTENFELS Hotel Nassauer Hof — Telephon 680 Gepäck-Versicherung. Gepäck-Transport.

Achtung!

Frisch geschlachtetes Pferdefleisch

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß voraussichtlich diese Woche täglich

Verkauf von frischem Fleisch und Wurst

stattfindet. Verkauf gegen Kundenkarten.

Ullmanns Ropschlachterei,

Mauergasse 12. Telephon 3244.

Barmanns Pferdefleischverkauf

Adolfstraße 1

findet ab Mittwoch bis auf weiteres wieder statt sowie in Erbenheim, Neugasse 35.

Wieder-Eröffnung.

Meiner werten Nachbarschaft sowie meiner früheren Kundschaft zur Kenntnis, dass ich die von mir vor dem Kriege betriebene

Metzgerei Webergasse 38

ab 15. März wieder eröffne. — Reelle Bedienung zugesichert, bitte ich um geneigten Zuspruch. — Karten-Ausgabe findet am Montag, den 11. März, statt.

Karl Krauß, Metzgermeister.

Neue Sendung Tabak

eingetroffen. Keine gewalzten Rippen. Garantiert rein 125 gr 3.75. 7 Sorten Tabak auf Lager.

Zigarrenhaus Christmann

nur Michelsberg 16.

Achtung! Zigarren Achtung!

Neu angekommen sind große Posten in allen Preislagen, sowie Rauch- und Rantabak in reiner, ungemischter Ware.

Zigarettenfabrik Lewtowitz, Mainz, St. Bleiche 49 1/2

Rauchtabak

rein. Blättertabak u. Grobschnitt in der vorzüglichen Qualität wieder eingetroffen und so lange Vorrat, zum alten Preis zu haben.

Ludw. Weiler, Dranienstr. 55.

F. W. Kinkel, Gerberei u. Ledertabrik

Heidesheim (Rheinhesen) und Mainz übernimmt das Gerben von Grosshäuten, sowie von Kalb-, Ziegen- und kleinen Fellen. Ankauf von Rohhäuten u. Fellen in jedem Umfang. F 13 Fabrikation v. Lederwaren, Spez.: Kumpfe, Geschirre, Treibrernen, Massenartikel.

Bimstein-Seife

in Blechlosen,

zum Reinigen der Hände, sowie für Fußböden, Küchengeschirre und dgl.

Drogerie Backe, Taunusstr. 5.

Möbel Ankauf Möbel

Zahle reelle Preise für ganze Villen-, Pensions-Einrichtungen und Nachlässe jeder Art sowie Einzelmöbel u. Pianod. Karte genügt. :: Komme sofort. Adolf Messer, Hellmündstr. 53, B. L.

Möbel Verkauf Möbel

fortwährend.

Mein Telephonanschluß Nr. 3960

ist wieder freigegeben.

Empfehle mich gleichzeitig in allen vorkommenden Installations- u. Spenglerarbeiten

Georg Weinbach, Blücherstr. 14.

Möbel-Verkauf!

1 Herren-Zimmer, eichen, Fr. 950 M., 1 Sammel-Büch.-Garnitur, Fr. 550 M., 1 kompl. Küchen-Einrichtung, Fr. 275 M., 6 Betten, Fr. 240, 140, 120, 80, 60 M., Vertiko 175 M., Kommode von 50 M. an, Waschtische von 40 M. an, Spiegel von 8-200 M., Kleiderschrank von 100 M. an, Tische von 15 M. an, 4 Plüsch-Partieren 90 M., Polstermöbel aller Art, Oelgemälde und Kupferstiche und vieles mehr.

Müllers Gelegenheitskauf

Wagemannstraße 13, Laden.

Ihre Hühner Ihr Hund

legen viel Eier. Sie ist bei Kräften wenn sie mein Kraftfutter füttern.

Museumstr. 5. Grether, Museumstr. 5.

Anzündholz per Ztr. M. 7.20

Abfallholz per Ztr. M. 5.60

frei ins Haus liefert W. Gail Wwe., Wiesbaden, Schwalbacher Straße 2. Telef. 84.

Tabak

Grob- u. Feinschnitt, eingetroffen.

G. M. Rösch

46 Webergasse 46.

Großer Posten

reiner Tabak

eingetroffen

100 gr M. 2.75.

Zigarrenhaus Bachmann

Nerostraße 14.

Sonder-Angebot

in

Zigarren

für Wiederverkäufer

in den Preislagen:

M. 40.—, 43.—, 45.—

48.—, 52.—, 55.—, 58.—

B. Groß, Zigarren

3 Marktstraße 3.

Zigarren

zu 35, 50, 60, 65 u. 80 Pf. u. höher, empfiehlt

267

G. M. Rösch Wwe.

46 Webergasse 46.

Markenfrei

zu haben: Karotten in Büchsen zu 1/2 kg 60 Pf.

Sauerampfer in Flaschen zu 60 Pf.

Sandläse (in Rollen von 10 Stück) 3 M.

Gebürte Zwiebeln v. Pfd. 6.50 M.

18 Narmelade Pfd. 1.10

Dohheim, Römergasse 14.

Pr. Heidelbeerwein

Flasche 2.95 M.

ohne Glas und Steuer.

Drogerie Alexi,

Michelsberg 9. Tel. 652.

Ossosan

Knochenextrakt

empf. die Flora-Drogerie, Gr. Burzeltstraße 5.

Keine vorläufige

Kaffeemischung

ist wieder eingetroffen.

H. L. Kraag Nachf.,

Wilselmsstraße 60.

Carbid

per Kilo 1.65

Spielmann Nachf.

Scharnhorststr. 12.

Petroleum-

Ersatz. Berl. Donnerstag. Rompel, Dohh. Str. 84, Rb. 1.

Scheuertücher

wieder eingetroffen.

Singer,

Michelsberg 5.

Für Gartenbesitzer.

Lädt. Gärtner empfiehlt sich zur Anhandlung u. Unterhaltung von Gartenschneidern, Ölferten u. G. 376 an den Tagbl.-Bü.

Mandelkleie
M. 1.25, 1.50
2.—, 2.50

ein vorzügliches Mittel gegen Unreinlichkeiten der Haut.

D. M. Albersheim

Wiesbaden, Wilhelmstrasse 38. Fernspr. 3007.

K 48

Karl & Alfred Ged,

Werkstätten für Glasmalerei u. Kunstverglasung

4 Hallgarter Straße 4.

Betrieb wieder eröffnet.

Neuanfertigung u. Reparaturen v. Glasmalereien und Bleiverglasungen.

E. Bücking, Uhren, Gold- u. Silberwaren

Neugasse 21, 1. St.

Billigste Preise, daher günstige Gelegenheit zum Einkauf von

Konfirmationsgeschenken.

Damenschneider Nägele

Webergasse 25.

Anfertigung eleganter Kostüme und Mäntel in feinsten Ausführung zu realen Preisen. Stoffe werden angenommen.

Spezial-Geschäft

feiner

Haar-Arbeiten.

Reichhaltiges Lager

sowie

Anfertigung zu angemessenen Preisen.

Dette,

Michelsberg 6.



Einzig feiner Art.

Dhne Noten

lernen Erwachsene in jedem Alter in 2-3 Monaten

flott Klavier spielen

Vollkomm. natürl. Klavierpiel. Kein Apparat. Original-System von Dir. B. U. Fay. In wenig

Unterrichtsstunden spielt man mit vollen Akkorden

2 oder, Länse, Opfern, Operetten- und dergl. daher schönste Haus- und Gesellschaftsmusik. In der Klangwirkung dem Klavierspiel gleich. Übungszimmer vorhanden. Für sicheren Erfolg garantiert.

R. Sittinger u. Frau

Dohheimer Straße 55, gleich am Ring.

Kostenlose Erklärung und Vorpiel in den Sprechstunden von 11-1 und 3-9 Uhr.

Samstags von 10-3 Uhr.

Beste Referenzen.

Brillanten u. Perlen

Silbersachen als: Bestecke, Pokale, Leuchter, Service, antike Möbel, Gemälde, Dosen u. Porzellane

kauft zu hohen Preisen

Rosenau, Marktplatz 3.

Brillanten und Perlen,

Zahngelisse, Reinsilber, Silberne Bestecke, Totale, Leuchter, Service, Goldene Uhren und Ketten.

kauft zu hohen Preisen. U. Geizhals, Webergasse 14.

50 Schreibmaschinen

Continental, Ideal, Mercedes usw., neu oder gut erhalten, zu kaufen gesucht. Schriftliche Angebote mit

Schriftprobe, System- und Preisangabe an Schreibmaschinen-Müller

Bertramstraße 20, Telephon 4851.

Zu einem Anfang März beginnenden

Tanz-Kursus

zwecks Erlernung der modernen Tanzweise bitte ich um gefl. Anmeldungen.

Adolf Donecker,

Herderstr. 11. Dipl. Tanzlehrer.

Tüchtiger

Damen- u. Herrenfriseur sofort gesucht. Friseur Gerhard, Nerostraße 38.